Redaktion, Verlag und Druck,
on R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 576. Abendblatt. Montag den 9. Dezember. 1867.

Deutschland.

Berlin, 8. Dezember. Sr. Majestät der König empfing am Sonnabend Nachmittag den Handelsminister Graf Itzenplitz und den Justizminister Dr. Leonhardt zu einer laugen Unterredungen. Heute arbeitete Allerhöchstderselbe mehrere Stunden, empfing hierauf Se. K. Hoh. den Prinzen August von Würtemberg und den Major und Flügeladjutanten Grafen Lehndorff, die von den Hofjagden in Dessau zurückgekehrt sind, und ertheilte alsdann Audienz dem Wirkl. Geheimrath v. Frankenberg-Ludwigsdorf, der am Sonnabend zur Erinnerung an den Tag, an welchem er vor 60 Jahren in den Staatsdienst getreten, das Großkreuz zum Rothen Adlerorden erhalten hat. — Die Familientafel fand im kronprinzlichen Palais statt.

— Die sächsische Regierung hat wieder einen Beweis bundesfreundlicher Gesinnung gegeben. Nach preußischen Gesetzen haben bekanntlich die Militärärzte das Recht, auch Civilpraxis zu treiben. Dieses Recht ist sächsischerseits den in Leipzig in Garnison stehenden preußischen Militärärzten ebenfalls eingeräumt worden.

Berlin, 7. Dezember. (Haus der Abgeordneten.) 12. Sitzung. Am Ministertisch Freiherr v. d. Heydt, Graf Eulenburg und zahlreiche Kommissare. Die Vorberathung des Staatshaushaltes wendet sich dem Etat der Häuser des Landtages zu. Der Etat des Herrenhauses (40,210 Rthlr.) wird genehmigt. Zu dem Etat des Abgeordnetenh uses (251,920 Rthlr., 51,920 Rthlr. mehr als im v. J.) bemerkt Abg. Dr. Becker, daß die erheblichen Veränderungen, die er zeige, auf der Vermehrung der Zahl der Abgeordneten und den Vorschlägen des Präsidiums beruhe. „Besonders muß ich auf die üble Lage aufmerk am machen, in welche die Berichterstatter der Presse durch den Umbau des Saales gerathen sind. Die Journalistenloge ist an derselben Stelle geblieben, während Präsidium und Rednertribüne um eine Strecke verlegt sind. So klein dieselbe auch ist, ist das doch den Journalisten bemerklich geworden und man vermag nur sehr unvollkommen den Verhandlungen von dort zu folgen. Hoffentlich wird die Regierung diesen Uebelstand verbessern, da dieser Saal auch als Sitzungslokal für das Zollparlament benutzt werden wird." — Abg. Graf Schwerin: Ich vermisse nur einen Vorschlag, wie es besser zu machen. Die einzige Möglichkeit wäre noch die Verlegung der Journalisteutribüne an die Stelle der Herrenhausloge. — Abg. Dr. Becker: Jedenfalls müsse man die Journalistenloge etwas niedriger legen, mit dem Vorschlage des Vorredners sei er auch einverstanden. — Abg. Heise: Auch die Herrenhausloge muß gut gelegen sein. Eine schlechte Lage der Herrenhausloge wäre noch viel bedauerlicher als schlechte Plätze für die Journalisten (Wiederspruch und Gelächter). — Abg. v. Hennig: Die Herrenhausloge, die fast noch einmal so groß sei, als die im Herrenhause den Abgeordneten eingeräumte, sei nie vollständig besetzt und ihre Verlegung nach der Tribüne A würde sich daher empfehlen. — Abg. Graf Schwerin: Es sei ein großer Unterschied zwischen dem Anhören und dem Nachschreiben der Verhandlungen; dem Herrenhause würde durch die Verlegung kein Unrecht geschehen. — Abg. v. Vincke (Minden): auf die Kleinheit unserer Loge im Herrenhause kommt es hier nicht an; daraus würde nur folgen, daß das Herrenhaus mehr von uns lernen kann als wir von ihm (Heiterkeit). — Abg. v. Mitschke-Collande: Bei einiger Unruhe im Hause ist es selbst im Saale nahe an der Tribüne unmöglich, die Redner zu verstehen. Ruhe im Hause wäre auch für die Journalisten wichtig. — Ein Antrag liegt nicht vor, der Etat wird genehmigt.

Es folgt der Etat des Staatsministeriums (Bureau: 83,700 Rthlr., darunter 31,000 Rthlr. Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke, im Ganzen 4950 Rthlr. mehr als im vorigen Jahr; Staats-Archive: 34,025 Rthlr.; General-Ordenskommission: 115,900 Rthlr., 1300 Rthlr. mehr als im vorigen Jahr; Geheimes Civil-Kabinet: 23,700 Rthlr., 3100 Rthlr. mehr als im vorigen Jahr; Oberrechnungs-Kammer: 131,440 Rthlr., 2200 Rthlr. mehr als im vorigen Jahr; Ober-Examinations-Kommission: 970 Rthlr.; Disziplinarhof: 1240 Rthlr.; Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte: 2400 Rthlr. — Im Ganzen 393,375 Rthlr.)

Zu dem Etat der Staatsarchive beantragt Abg. Dr. Karsten: die Regierung anzufordern, die dänische Regierung zur schleunigen Erfüllung der von derselben im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 Art. XX. übernommenen Verpflichtung zur Auslieferung der schleswig-holsteinischen Landesarchive zu veranlassen, sowie demnächst auf die Einrichtung der schleswig-holsteinischen Laudesarchive in den Herzogthümern Bedacht zu nehmen. — Der Antrag Karsten wird mit allen gegen die Stimmen der beiden dänischen Abgeordneten angenommen.

Zu dem Etat der General-Ordenskommission nimmt das Wort der Abg. Lauenstein: Für Ordensinsignien sind 12,000 Rthlr. mehr angesetzt als 1867, ohne daß die Vertheilung von Ordenszeichen vermehrt werden soll. Es wurden 1864–66 58,636, 37,429 und 77,689 Rthlr. für diesen Zweck verausgabt, trotzdem waren in dem letzten Etat nur 12,000 Rthlr. ausgesetzt; wenn die Position jetzt auf 24,000 Rthlr. erhöht wird in der Absicht, diese Summe nicht zu überschreiten, so würde damit eine erhebliche Beschränkung der Ordensverleihungen eintreten müssen. — Regierungskommissar Geheimerath Wagener: Was die etwaige Brschränkung der Ordensverleihungen betrifft, so wird diese Frage nicht von dieser Stelle aus entschieden. Die Jahre 1864—66 können hierbei allerdings nicht maßgebend sein, da zwei Kriege die Thätigkeit der Kommission mehr als sonst in Anspruch nahmen, und jede Landesvertretung kann sich Glück wünschen, wenn sich Veranlassung bietet, Ehrenzeichen in so großer Zahl zu vertheilen. Ich hoffe, daß die nothwendige Vermehrung des Personals um so weniger auf Widerstand stoßen wird, als die höheren Beamten der Kommission ihr Amt unentgeltlich versehen und man ihnen daher wenigstens alle untergeordneten Bureauarbeiten abnehmen muß. — Die Besoldung für die drei neuen Stellen wird hierauf bewilligt.

Bei dem Etat für das geheime Civilkabinet wird auf den Antrag des Abg. Lesse die Bewilligung der Besoldung für einen Geh. Kabinetsrath ausgesetzt. Zur Motivirung zweier neuer Registratorstellen à 1200 Rthlr. bemerkt der Abg. Lauenstein, daß die Gnadengesuche an den König so zugenommen hätten, daß man das Civilkabinet fast als eine Gnadeninstanz bezeichnen könne. — Das Haus spricht die Genehmigung aus und nimmt die Etats der Oberrechnungskammer, der Ober-Examinationskommission und des Disziplinarhofes ohne Debatte an. — Zu dem Etat des Debits der Gesetzsammlung beantragt Abg. Reichensperger, daß das Bundesgesetzblatt dem preußischen Gesetzblatte als unentgeltliche Beilage beigefügt werde. — Der Minister des Innern wird den Antrag berücksichtigen, das Haus tritt ihm bei und genehmigt diesen Etat sowie den der Verwaltung des Jadegebiets ohne Debatte.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Erklärung der Abg. Krüger und Ahlmann wegen Ableistung des Eides auf die Verfassung unter Verwahrung der Rechte Nordschleswigs auf Abstimmung in Gemäßheit Art. V. des Prager Friedensvertrages. — Der Antrag der Kommission geht bekanntlich dahin: Das Haus wolle beschließen: 1) die von den Abgg Krüger und Ahlmann eingelegte Verwahrung bei Ableistung des Eides auf die Verfassung für unstatthaft zu erklären; 2) sie zur bedingslosen Ableistung des vorschriftsmäßigen Eides auf die Verfassung durch das Präsidium vor die Schranken des Hauses laden zu lassen; 3) im Falle ihres nicht entschuldigten Ausbleibens oder Verweigerung der unbedingten Eidesleistung sie nicht für legitimirt zu erachten, einen Sitz im Hause einzunehmen, und die Regierung aufzufordern eine Neuwahl im 1. und 2. schleswig-holsteinischen Wahlbezirk zu veranlassen. — Referent Abg. Wagener (Franzburg): Die beiden Abgeordneten, deren Wahl an sich zu keinem Bedenken Veranlassung gegeben, haben in der Kommission ihren Vorbehalt aufrecht erhalten. Ihre Motivirung beruhte auf der irrigen Voraussetzung, daß sie thatsächlich noch nicht definitiv in den preußischen Staatsverband aufgenommen seien, und sie beriefen sich hierbei auf den Prager Frieden. Die Ansicht der Majorität der Kommission ging dahin, daß die Nordschleswiger überhaupt gar nicht berechtigt seien, aus einem Vertrage Rechte in Anspruch zu nehmen, bei welchem sie selbst nicht als Kontrahenten betheiligt seien; aber selbst wenn ihre Auffassung berechtigt wäre, so lasse der Prager Frieden die Grenzlinie ganz unbestimmt, so daß man nicht wisse, welchen Theilen ein solches Recht zugestanden werden könne. Eine solche Verwahrung sei mithin unzuläßig, da nur die Eigenschaft als preußischer Staatsbürger das Recht gebe, in das Haus gewählt zu werden. Ein Präcedenzfall liege aus dem Jahre 1850 vor, wo Abgeordnete aus der Provinz Posen sich weigerten, den Eid zu leisten, und ihr Mandat deshalb niederlegten; dann wiedergewählt, wollten sie ebenfalls nur mit Vorbehalt schwören, wurden aber vom Präsidenten auf die Unzuläßigkeit eines solchen Verfahrens hingewiesen. — Die Majorität glaubte ferner den Eid als einen integrirenden Bestandtheil der vom Hause zu prüfenden Legitimation betrachten und dem letzteren daher das Recht zuerkennen zu müssen, nicht genügend legitimirte Mitglieder durch eine Neuwahl ersetzen zu lassen. — Abg. Krüger (Hadersleben) (verliest seine Rede): Die vorliegende Schwierigkeit ist nicht durch uns, sondern durch den Vertrag geschaffen worden. Erst nach der Volksabstimmung gehören die alsdann preußisch bleibenden Landestheile rechtsverbindlich zu Preußen, und wir glaubten uns deßhalb dagegen verwahren zu müssen, daß wir durch Ableistung unseres Eides dieses Recht unserer Landsleute aufgeben. — Abg. Ellissen: Der Präcedenzfall von 1850 trifft hier nicht zu, da Posen seit vielen Jahren bereits ein integrirender Theil des preußischen Staates ist. Die Nordschleswiger glauben in dem Prager Frieden eine völkerrechtliche Garantie dafür zu haben, daß ihnen die Entscheidung über ihre Staatsangehörigkeit selbst überlassen bleiben soll; wenn sich das Abgeordnetenhaus auch nicht in der Lage befindet, diese Ansicht zu vertreten, und das Verfahren der beiden Abgeordneten anzuerkennen, so muß ich doch, wenn ich mich auf einen objektiven Standpunkt stelle, ihr Verhalten als korrekt und patriotisch anerkennen. — Abg. Meyer (Tondern) (vom Platze; Ruf im Hause: Tribüne! Tribüne! Redner geht jetzt auf die Tribüne, ist aber in Folge dessen auf der Journalistentribüne schwer verständlich): Als Vertreter eines der nördlichsten Distrikte von Schleswig protestire ich gegen die vom Abgeordn. Krüger ausgesprochene Behauptung, daß es der Wunsch Nordschleswigs im Allgemeinen wäre, wieder mit Dänemark vereinigt zu werden (Beifall). In dem Distrikte, in dem ich gewählt bin, haben selbst einzelne Dänen nicht für den dänischen, sondern für den deutschen Kandidaten gestimmt. In der Stadt Hadersleben, der nördlichsten Stadt Schleswigs, sind unter 33 Wahlmännern 20 Deutsche und 13 Dänen gewesen; ebenso ist das Verhältniß in vielen anderen Städten; wenn man auch wohl hin und wieder dänische Sympathien trifft, so ist doch entschieden die Majorität der Einwohner von Nordschleswig deutsch gesinnt (Beifall).

Abg. Twesten: Eine solche Deduktion, wie sie die Herren Ahlmann und Krüger aus dem Prager Frieden herleiten, darf nicht ungerügt bleiben. Oesterreich und Preußen haben allein den Vertrag geschlossen. Niemand weiter kann ein Recht daraus herleiten, nur Oesterreich kann die Erfüllung des Art. V. fordern, Dänemark hat kein Recht darauf erworben. Die Abtretung kann nicht durch einen bloßen Akt des preußischen Staates erfolgen, sondern es müssen Verhandlungen mit Dänemark über die Feststellung der Grenze, über Rechte und Pflichten der Nordschleswiger, über Garantien vorhergehen, müssen Abkommen getroffen werden wegen Uebernahme eines Theils der Schulden. Kommt keine Einigung zu Stande, so muß Oesterreich gehört werden. Durch den Frieden aber sind augenblicklich und bis zur Vereinbarung alle Einwohner Schleswigs Preußen, haben Preußens Gesetze zu befolgen. Es liegt wohl hier eine Gewissensfrage vor, worauf aber das Abgeordnetenhaus nicht Rücksicht nehmen kann. — Der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission wird mit allen Stimmen gegen die der Abgg. Krüger Ahlmann und Ellissen angenommen. — Der Präsident erklärt, daß er die Abgg. Krüger und Ahlmann nunmehr auf Montag zur Eidesleistung ausdrücklich vorladen werde.

Es folgt der dritte Gegenstand der Tagesordnung: Mündlicher Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf, betr. die Stempelsteuer für Kalender. Die §§. 1 und 2 der Vorlage lauten: §. 1. Die Stempelsteuer von den für das Jahr 1869 und für die folgenden Jahre erscheinenden ausländischen Kalendern ist nach den für inländische Kalender vorgeschriebenen Steuersätzen zu entrichten. §. 2. Im Geltungsbereiche des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 ist die Stempelsteuer von Kalendern fortan ohne Unterschied zwischen Luxus- und Volkskalendern nur nach den für Volkskalender bestimmten Steuersätzen zu erlegen.

Die Kommission hat das Gesetz aber folgendermaaßen amendirt: „§ 1. Die Stempelsteuer von den für das Jahr 1869 und die folgenden Jahre erscheinenden Kalendern ist ohne Unterschied zwischen inländischen und ausländischen und zwischen Volks- und Luxus-Kalendern nach folgenden Steuersätze zu errichten: für Kalender in Quart, Oktav und Duodez, ingleichen Schreib-Kalender 2 Sgr., für Kalender in kleineren Formaten wie auch Tafel-Kalender 1 Sgr. § 2 fällt fort. — Vom Abg. Dr. Engel wird im Laufe der Debatte das Amendement gestellt: „den § 1 des Gesetzentwurfs dahin zu fassen: Die Stempelsteuer, einschließlich der Verlegergebühr für die Kalender-Materialien, beträgt von den für das Jahr 1869 und die folgenden Jahre erscheinenden Kalendern, ohne Unterschied der Ausstattung, des Umfangs, des Formats und des Herstellungslandes, Einen Silbergroschen pro Stück." — Hierzu stellte Abg. v. Benda das Sousamendement: Zu diesem Amendement die Worte: „einschließlich der Verlegergebühr für die Kalender-Materialien zu streichen.

Mit Beginn der Debatte über dies Gesetz verläßt fast die ganze rechte Seite des Hauses den Saal; die Zurückbleibenden aber sind so unruhig, daß es unmöglich ist, auf der Journalistentribüne selbst die sonst laut und deutlich sprechenden Redner genau zu verstehen. — Das Amendement des Abg. v. Benda wird abgelehnt, und zwar, wie die Zählung ergiebt, mit 167 gegen 171 Stimmen. (Dafür stimmten bie Liberalen, mit einzelnen Ausnahmen, u. a. Roepell, dagegen die Konservativen und Altliberalen. Unter lautem Murren der Rechten wird namentliche Abstimmung beantragt und das Amendement Engel mit 173 gegen 168 Stimmen noch einmal abgelehnt, dagegen § 1 der Kommissionsvorlage angenommen; desgl. das ganze Gesetz — Während der namentlichen Abstimmung wird das Haus erleuchtet. Um $3\frac{1}{2}$ Uhr trägt Abg. Heise auf Vertagung an, da die Luft im Hause nicht wohl erträglich sei. (Abg. v. Vincke: Sehr wahr!) Das Haus beschließt aber noch die auf der Tagesordnung stehenden Wahlprüfungen zu erledigen, und es werden mehrere Wahlen genehmigt.

Um $3\frac{3}{4}$ Uhr bemerkt Abg. v. Bonin, das das Referat der 3. Abtheilung etwa $1\frac{1}{2}$ Stunden in Anspruch nehmen werde. Mit Rücksicht darauf, daß die Luft im Hause (+ 22 Gr. R.) nicht besser geworden, und auf die vorgerückte Zeit beantragt er Vertagung und das Haus tritt seinem Vorschlage bei. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr (Vereidigung der noch nicht vereidigten Abgeordneten. Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, der Finanzen und des Handels.)

Kiel, 7. Dezember. Wie die „Kieler Zeitung" vernimmt, wird der Gesetzentwurf, betreffend die Pensionirung der schleswig-holsteinischen Offiziere, nicht dem Landtage, sondern dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden. Es werden dabei die Bestimmungen des Invalidengesetzes vom Jahre 1866 maßgebend sein.

Hamburg, 7. Dezember. Graf Bismarck ist zur Fasanenjagd auf dem holsteinschen Gute Ahrensburg eingetroffen.

Dresden, 7. Dezember. Dem „Dresdener Journal" wird in einer Korrespondenz aus Wien vom 5. d. Mts. gemeldet, der Sultan habe beschlossen, daß Auli Pascha in Kandia durch Fuad Pascha ersetzt werden solle. Man vermuthet, daß dieser Personenwechsel die von den Mächten beantragte Zulassung einer internationalen Kommission einleite. Dem Ober-Kommandeur Hussein Pascha sei es untersagt, die Offensive gegen die Aufständischen zu ergreifen. — Die Pforte soll sich mit der Eventualität beschäftigen, daß die bevorstehende Konferenz nach der römischen auch die orientalische Frage berathen werde.

Dresden, 8. Dezember. Zur Begründung einer demokratischen Partei in Dresden fand gestern eine von Wigard berufene Volksversammlung statt. Von 400 Erschienenen erklärten sich 136 zur Betheiligung an den Versammlungen, welche monatlich einmal stattfinden sollen und zur Zahlung von monatlichen Beiträgen bereit. Wigard, Heubner, Petermann, Valteich und Walter wurden in den Ausschuß gewählt. Nachdem Wigard einen Vortrag über die Demokratie und Schaffrath über die Wahlgesetzfrage in Sachsen gehalten hatte, wurde eine Resolution angenommen, worin die Wiedereinberufung der verfassungsmäßigen Volksvertretung nach dem Wahlgesetze von 1848 und die Einführung des gleichen allgemeinen direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung gefordert wird, da der Wahlgesetzentwurf, welcher den gegenwärtigen Ständeversammlungen vorgelegt sei, einen sehr großen Theil des Volkes verletzt.

— (Post.) Seit kurzer Zeit zirkulirt hier das Gerücht von einer nahe bevorstehenden Abdankung des Königs Johann. Niemand weiß zu sagen, woher es kommt und worauf es sich gründet, aber es ist da, es erhält sich, ja man bezeichnet sogar schon den Tag des feierlichen Aktes, den 12. Januar. Warum grade diesen — ich weiß es nicht.

Karlsruhe, 7. Dezember. Die erste Kammer hat das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit den von der Abgeordnetenkammer vorgenommenen Beschränkungen angenommen.

Augsburg, 7. Dezember. Eine anscheinend offiziöse Korrespondenz der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" aus Berlin meldet, daß die Kabinette von Berlin, Petersburg und London an der Ansicht festhalten, daß zur Beschickung der Konferenz die Vorlegung einer Basis für die Verhandlungen französischerseits durchaus nothwendig sei. Frankreich soll eine Vorberathung der betreffenden Gesandten der Großmächte vorgeschlagen haben. Nach Berlin sei über diesen Plan noch nichts gemeldet worden, doch erscheine derselbe nicht unwahrscheinlich. Was den Umstand betreffe, daß der norddeutsche Bund nicht zur Konferenz eingeladen sei, so hänge es allerdings damit zusammen, daß Frankreich den Bund noch nicht anerkannt habe; doch erscheine diese Thatsache erst in ihrem wahren Lichte, wenn man erwäge, daß das Bundespräsidium es nicht für nothwendig halte, die Anerkennung eher anzuregen, als die Regelung des Bundesgesandtschaftswesen erfolgen werde.

München, 7. Dezember. Die Führung der bayer'schen Stimme im Zollbundesrathe wird gutem Vernehmen nach dem baierschen Gesandten in Berlin übertragen werden.

Ausland.

Wien, 7. Dezember. In den Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses sind gewält: Groß, Winterstein, Graf Wadzicki, Ritter Wezyk, Dr. Zyblikiewicz, Plener, Herbst, Dr. Groß, Lupenna, Banhaus, Dr. Mayer, Skene, v. Berger, v. Brestel, Berger, v. Hopfen, Kuranda, Schindler, Freiherr Petrino, Dr. Klier, Löhninger, Frhr. Protobevera, Dr. Vidulich, Dr. Tomann.

Wien, 7. Dezember. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Regierungsvorlage, betreffend die Vermehrung der Münzscheine von 12 auf 15 Millionen gegen äquivalente Einzahlung von Staatsnoten dem Finanzausschuß überwiesen. — Das Haus verwarf die Aenderungen, welche das Herrenhaus an den Gesetzen, betreffend die Vollzugsgewalt der Regierung, vorgenommen hatte, indem die Bestimmungen über das Recht des Kaisers, Gesandte zu entsenden, als nicht in dies Gesetz gehörig erklärt wurden. Ebenso wurde die Bestimmung, welche das Herrenhaus bezüglich des Briefgeheimnisses in das Gesetz über die Staatsbürgerrechte aufgenommen hatte, verworfen. — Auch die wesentlichen Abänderungen, welche das Herrenhaus im Verfassungsentwurf beschlossen hatte, wurden abgelehnt; dagegen erhielten die Entwürfe, betreffend die richterliche Gewalt und das Reichsgericht, sowie das Delegationsgesetz in der vom Herrenhaus beschlossenen Fassung die Genehmigung des Hauses. — Die „Abendpost" dementirt alle Gerüchte, betreffend die Aufhebung der Militärgrenze.

Haag, 7. Dezember. Die erste Kammer ist zum 13. Dezember einberufen.

Amsterdam, 7. Dezember. Die zweite Kammer hat heute alle Positionen des provisorischen Kreditgesetzes angenommen. Die Entscheidung des Königs über das Demissionsgesuch des Ministeriums ist bis zur Stunde noch unbekannt.

Brüssel, 7. Dezember. Eloin, der Sekretär des Kaisers Maximilian, ist von Juarez amnestirt und in Freiheit gesetzt worden. Er hat bereits am 20. November die Fahrt nach Europa angetreten.

Paris, 7. Dezember. Die „France" sagt, es sei ein Gerücht in den parlamentarischen Kreisen im Umlauf, daß eine Mißhelligkeit im französischen Kabinet in Folge der Deklarationen des Staatsministers Rouher im Korps législatif in Bezug auf die römische Frage entstanden sei. Daselbe Blatt sagt: Mr. Emilie Ollivier werde Montag zu Gunsten der Einigkeit Deutschlands sprechen, aber, fügt das Blatt hinzu, Bismarck würde daselbe besser vertheidigen. Die „Patrie" sagt, es sei ungewiß, daß die Ver-

sammlung der diplomatischen Agenten, um die Grundlagen für die Verhandlungen der Konferenz festzustellen, nun stattfinden könne, nachdem die Einladung zur Konferenz definitiv angenommen sei. — Der „Etendard" enthält das Gerücht, daß Garibaldi, gestützt auf die so eben erlassene Amnestie, Caprera verlassen habe und daß ein neuer Angriff gegen Rom bevorstehe.

Florenz, 7. Dez. Deputirtenkammer. Die Deputirten Desanctis, Ferraris, Nicotera und Corte verlangen nach den von der französischen Regierung im Senate und gesetzgebenden Körper durch Marquis Moustier und Staatsminister Rouher abgegebenen Erklärungen unverweilt Interpellationen darüber einzubringen, welche Haltung die Regierung annehmen werde, um die Rechte und die Würde der italienischen Nation zu wahren. Konseilspräsident Menabrea erwiederte, er kenne die Rede des Staatsministers Rouher, dessen Ausdrücke im Uebrigen die Regierung in hohem Grade beschäftigt haben, bisher nur im telegraphischen Auszuge. Im Augenblicke könne er daher den Vorrednern nicht bestimmt antworten, da er erst vorher positive Informationen von dem Gesandten in Paris haben müsse. Menabrea versprach am nächsten Montage bei Gelegenheit anderer Interpellationen auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

— Die Bureaux der Deputirtenkammer haben sich konstituirt. Von den Präsidenten derselben gehören sechs der gemäßigten Rechten an. Die Mehrzahl der Vize-Präsidenten und Sekretäre gehört ebenfalls zur Rechten.

Florenz, 7. Dezember. Im Senate richtete Torrearsa eine Interpellation an die Regierung in Bezug auf die Römische Frage. Er betrachte es als wünschenswerth, daß der Senat unter den gegenwärtigen ernsten Umständen eine Erklärung abgebe. Er hege nicht den Wunsch, der Regierung Opposition zu machen, sondern wünsche ihre Haltung in dieser Frage kennen zu lernen. Wir müssen unser Recht auf Rom darlegen, und was immer auch kommen möge, müsse die Regierung dieses Recht aufrecht erhalten — der Senat wird sie dabei unterstützen. Der Minister Menabrea erwiderte: Die Regierung habe bereits ihre Ansicht über die Römische Frage ausgesprochen. Er hoffe, das gewünschte Ziel zu erreichen. „Ich habe bereits die Schwierigkeiten dieser Frage dargelegt, jedoch auch gleichzeitig mitgetheilt, daß ich das Vertrauen in meine Fähigkeit setze, sie durch Aufrechterhaltung unseres Rechts und Achtung der religiösen Interessen zu überwinden. Dieses bildet unser Programm und läßt sich dasselbe dahin zusammenfassen, daß wir die Nothwendigkeit für eine Trennung zweier Mächte, deren eine einem Jahrhunderte angehört, welches nicht mit dem andern im Einklange steht, fühlen. Unsere Politik ist: ungeachtet aller Hindernisse die Tendenz übertriebener Leidenschaften zu besiegen, während wir jede Idee von Schwäche oder Wortbrüchigkeit zurückweisen. Auf diesem Pfade wird uns die Unterstützung des Senats sehr erfreulich sein." Der Senator Torrearsa schlug hierauf folgende Tagesordnung vor: „In Anbetracht der Erklärungen des Ministeriums und überzeugt, daß die Regierung die Rechte und Würde der Nation aufrecht erhalten und ihre gesetzmäßige Vollendung beschleunigen werde, geht der Senat zur Tages-Ordnung über." Leoparti ist gegen den Antrag Torrearsa's, weil der Senat bereits ein Votum abgegeben habe, wodurch Rom als die Hauptstadt Italiens proklamirt wird. Menabrea erklärte hierauf, daß er die von Torrearsa vorgeschlagene Tages-Ordnung in des Wortes weitester Bedeutung annehme. Mit Bezug auf die von Leoparti erwähnte Abstimmung erinnerte der Minister an seine jüngste Rede, in welcher er die Worte des Grafen Cavour citirt habe, und fuhr hierauf fort: Nach meinem Dafürhalten schließt die Tagesordnung Torrearsa's eine Art Bestätigung jenes Votums in sich, da es die nationale Würde erheische, ein feierliches Votum des Parlaments, so lange es besteht, aufrecht zu erhalten. Allein wie ich bereits behauptet habe, muß Italien nach Rom in Uebereinstimmung mit Frankreich blicken. Wenn dies die Bedeutung der vorgeschlagenen Tagesordnung ist, so sehe er keine Schwierigkeit, dieselbe anzunehmen. Conforti ist der Ansicht, es sei nutzlos, von einem Einvernehmen mit Frankreich zu sprechen, wo Frankreich erklärt, die Thore Roms müßten ewig für Italien verschlossen bleiben. Menabrea erwiderte, er wünsche festzustellen, daß jede Uebereilung vermieden und jeder Gedanke von Gewaltanwendung verworfen werden müsse, um eine Lösung der Römischen Frage herbeizuführen. Wenn unser Recht Angesichts Europa's behauptet ist, wenn wir jede dem religiösen Interesse gebührende Achtung bezeugt haben werden, wenn wir Europa überzeugt haben, daß wir nicht allein nicht feindselig gegen das Papstthum sind, sondern seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Erhabenheit aufrecht zu erhalten wünschen, dann wird eine gewisse Verschiedenheit der Ansichten, welche jetzt tief begründet zu sein scheint, weil sie aus den jüngsten schmerzlicher Erinnerungen gebildet worden, verschwinden. Sie werden allmälig abnehmen und, wie wir hoffen, schließlich vollkommen beseitigt sein. Dieses ist der Sinn, in welchem wir die Tagesordnung Torrearsa's annehmen. Der Senat nahm darauf die von Torrearsa vorgeschlagene Tagesordnung fast einstimmig an.

London, 7. Dezember. Im Unterhause sagte Lord Stanley in Beantwortung einer von Mr. O'Brien an ihn gerichteten Interpellation, daß ihm Nichts von einer französischen Kolonie in Abyssinien bekannt sei. Der Minister bezweifelte sehr, ob irgend eine Vermittelung zwischen England und dem König Theodorus genützt haben würde. Er sei weit entfernt, mit einem Gefühl von Eifersucht oder Mißtrauen auf französischen Einfluß oder die guten Dienste Frankreichs zu blicken, er freue sich im Gegentheil, sagen zu können, daß zwischen Frankreich und England die bestmöglichen Beziehungen bestehen. — Auf eine Interpellation Mr. Darby Griffiths erwiderte Lord Stanley, er wünsche nicht zu wiederholen, was er bereits früher mit Bezug auf die Konferenzfrage gesagt habe. Obgleich er zugestehen müsse, daß die Lösung der Frage von großer Wichtigkeit für Europa sei, so könne er doch nicht finden, daß irgend welches gute Resultat aus der Konferenz hervorgehen würde. Dieselbe würde nur dazu dienen, die Größe der Meinungsverschiedenheit, welche zwischen den Mächten herrschen dürfte, zu zeigen. Wenn keine Basis für dieselbe festgestellt werde, so sei es seiner Ansicht nach nur eine Zeitverschwendung, auf die Konferenz einzugehen. Was ihn selbst beträfe, sagte der Minister, so sei er außer Stande, einzusehen, wie es möglich wäre, die sich widerstreitenden Ansprüche des Papstes und des Königs von Italien mit einander zu versöhnen. Der Minister schloß, er habe bis jetzt keinen Plan zur Versöhnung zwischen Italien und dem Papst gefunden und habe keine Hoffnung, dieselbe auszuführen. — Der Untersekretär des Schatzamtes Mr. Hunt vertheidigte in Beantwortung einer Interpellation Mr. Ayrton's die für den amerikanischen Postdienst gemachten Arrangements. Mehrere Gesetzentwürfe haben die Zustimmung der Königin erhalten. Das Parlament wurde hierauf bis zum Monat Februar vertagt.

Madrid, 6. Dezember. Die amtliche „Gazeta" enthält eine Königliche Verordnung, durch welche die Quarantäne für sämmtliche aus Holland und Dänemark kommende Schiffe aufgehoben ist. — Marschall Narvaez ist von seiner Krankheit wieder hergestellt.

Athen, 30. November. Die Feindseligkeiten haben auf Kandia wieder begonnen. Es hat zwischen den Türken und Christen ein Gefecht bei Laki (Kandien) stattgefunden, bei welchem die Türken geschlagen wurden. Ihre Munition und Lebensmittel fielen in die Hände der Insurgenten. Mehrere Todte blieben auf dem Kampfplatze. Die Auswanderung der kandiotischen Familien dauert fort. Die Zahl der bereits Geflüchteten beläuft sich auf 60,000.

Petersburg, 7. Dezember. Die Feindseligkeiten auf Kreta sind am 22. November wieder zum Ausbruch gekommen. Aus der Türkei sind mit Hinterladungsgewehren ausgerüstete Verstärkungstruppen dorthin abgegangen. Russische Kriegsschiffe beginnen neuerdings wieder in Folge von Klagen, die aus drei Kreisen an die Konsuln ergangen sind, Familien von Flüchtlingen aufzunehmen und fortzuführen.

Der Vizekönig von Aegypten verweigert die Tributzahlung an die Pforte, indem er die Kriegskosten für Kandia in Anrechnung bringt.

Pommern.

Stettin, 9. Dezember. Vorgestern Abend gegen 11 Uhr machte der Pölitzerstr. Nr. 22 wohnhafte Kaufmann H. den Versuch, sich mittelst eines mit Schroot geladenen Doppelterzerols zu erschießen. Durch den in den Mund abgefeuerten Schuß wurden dem H. die Lippen zerrissen und drangen die Schrootkörper in den Gaumen ein, welche Verletzungen nach ärztlichem Gutachten nicht lebensgefährlich sind. Zerrüttete Verhältnisse und Geistesschwäche werden als Motiv des Selbstmordversuches bezeichnet.

— Vorgestern Vormittag traf hier mit dem Eisenbahnzuge aus der Provinz ein junger Mann ein, um sich hier eine Stellung zu suchen. Kaum aus dem Waggon gestiegen, gesellte sich ein Mann zu ihm, knüpfte ein Gespräch an und gab sich, als er erfahren, daß der unerfahrene Ankömmling eine Stellung suche, als Kommissionär zu erkennen, indem er sich erbot, demselben einen Dienst zu verschaffen, den er sofort antreten könne, wenn er als Gebühren 2 Thlr. zahle. Voller Freude, daß ihm das Glück so bold, händigte der junge Mann dem angeblichen Kommissionär sofort seine aus zwei Thalern bestehende Baarschaft ein, in der Erwartung, daß er in seinem neuen Dienstverhältnisse nicht sobald Geld brauchen würde. Hierauf begaben sich beide, um das angeknüpfte Freundschaftsbündniß fester zu schürzen, in ein auf der Oberwieck gelegenes Restaurationslokal, woselbst verschiedene Seidel Bier getrunken wurden. Als es zur Bezahlung kam, hatte der junge Mann selbstverständlich kein Geld, worauf sein Begleiter die Freundlichkeit hatte, die Zeche zu bezahlen, jedoch nicht ohne die Uhr des arg Betrogenen in Pfand zu nehmen. Beide schlugen sodann den Weg nach dem Schweizerhof ein, in welchem der Fremde so lange warten sollte, bis der Kommissionär mit dem künftigen Dienstherrn des jungen Menschen sich besprochen. Der Gauner benutzte darauf den dort befindlichen, nach der Fuhrstraße ausmündenden Durchgang, welcher schon so viele Opfer gefordert, um sich auf Nimmerwiedersehen zu empfehlen. Zu verwundern bleibt nur, daß immer noch, trotz der vielfachen Warnungen der Presse, sich Leute finden, die jedem beliebigem Gauner, der sich ihnen anschließt, sofort ins Garn laufen.

— Nach einer höheren Bestimmung sollen in Uebereinstimmung mit einer früher bereits getroffenen Entscheidung die „Lazareth-Gehülfen" zu den „Kombattanten" gezählt werden und „haben in Konsequenz hiervon auf die bezüglichen Dekorationen für Kombattanten einen vollgültigen Anspruch".

— Im Anschlusse an den Allerhöchsten Erlaß vom 11. April d. J. ist, zur Beseitigung entstandener Zweifel, bestimmt worden, daß Behufs der Zulassung zur Portepeefähnrichs-Prüfung die Beibringung eines Reifezeugnisses für die Prima eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung bis auf Weiteres nicht erforderlich ist.

— Vorgestern Abend erfolgte in der Papenstraße 14, im Laden des Schuhmachermeisters H. eine Gas-Explosion, die mehrere Fenster zc. zertrümmerte. Bis zum Abend waren Arbeiter mit der Anlegung einer Flamme im Schaufenster jenes Ladens beschäftigt gewesen und soll die Explosion durch unterlassenen Verschluß des noch nicht fertigen Rohres herbeigeführt sein.

— Wegen dringenden Verdachtes, den vor einigen Tagen von uns gemeldeten Kommodendiebstahl in dem Hause Petrikirchenstraße Nr. 7 verübt zu haben, ist vorgestern Abend der bei dem Gastwirth Schröder auf der Lastadie logirende angebliche Photograph Wilhelm Sachse, nachdem ein Fluchtversuch desselben aus dem Polizei-Revierbureau, wo er sistirt, mißglückt war, verhaftet.

— Vor einigen Tagen erschien ein bis jetzt nicht ermitteltes etwa 20 Jahre altes Frauenzimmer mit blondem Haar in der Schuhstraße No. 5 befindlichen Tapisserie- und Wollwaarenhandlung, gab an, daß es bei dem Schneidermeister Ebner am Roßmarkt konditionire und erbat für die Frau E. die Verabfolgung mehrerer Geldbörsen zur Ansicht. Es wurden ihr drei Börsen im Werthe von 10 Thalern eingehändigt; erst später hat sich ergeben, daß die Angaben unwahr und das Frauenzimmer eine Schwindelerin sei. Es liegt der Verdacht vor, daß dasselbe auch in anderen offenen Geschäften ähnliche Betrügereien versucht hat.

— Vorgestern sind einem Commis aus seiner Bohlwerk No. 20, vier Treppen hoch belegenen verschlossenen Wohnung verschiedene Kleidungsstücke, ferner ist in den Abendstunden dem Kaufmann L. in der Reifschlägerstraße ein vor der Thüre haltender Handwagen, auf dem sich eine Tonne Fettheringe befand, zusammen etwa 30 Thaler werth, und gestern einem Petrikirchplatz No. 11 wohnhaften Regierungsbeamten ein „M. G." gezeichneter silberner Eßlöffel gestohlen worden.

— Gestern Abend wurde der Arbeiter Carl Strobel verhaftet, der im angetrunkenen Zustande in einem öffentlichen Lokale auf der Lastadie eine Schlägerei begonnen, sich dem hinzugekommenen Beamten auch thätlich widersetzt hatte.

— Durch Allerhöchsten Erlaß vom 7. v. M. ist auf Vortrag des Kriegs-Ministers bestimmt worden, daß die in den §§. 119 und 127 des Geldverpflegungs-Reglements für die Truppen im Frieden ausgeworfenen, unterm 10. Oktober 1860 bereits anders normirten, monatlichen Einkommensätze in Folge der damals eingetretenen Solderhöhung auf 20 Thlr. für die Klasse der Oberfeuerwerker, Wachtmeister, Feldwebel und Obermeister, 14 Thlr. für die Klasse der Portepee-Fähnriche, Feuerwerker und Sergeanten inkl. Vice-Feldwebel, 11 Thlr. für die der Unteroffiziere und Trompeter, so wie 5 Thlr. 15 Sgr. für die Gefreiten und Gemeinen erhöht, und daß die Feldwebel der Invaliden-Kompagnieen und Invalidenhäuser der ersten Klasse beigezählt werden, desgleichen, daß diese erhöhten Sätze bereits vom 1. April d. J. ab zur Anwendung kommen sollen. Danach haben übrigens nicht allein diejenigen Militärpersonen, welche ein Kommando zur Probedienstleistung im Civildienste mit oder nach dem 1. April 1867 angetreten haben, einen Anspruch auf die höheren Einkommensätze, sondern letztere dienen auch bei denjenigen Militärs vom 1. April d. J. zum Anhalte, welche sich an diesem Tage bereits in einem solchen Kommando-Verhältnisse befunden haben.

Greifswald, 8. Dezember. Am 27. v. M. wurde der Sattlermeister Siewert in Bergen a. R. in seinem Bette, anscheinend von fremder Hand erdrosselt vorgefunden. Der That verdächtig ist die seit längerer Zeit bereits unzurechnungsfähige Ehefrau des Verstorbenen, die seitdem in eine öffentliche Heil-Anstalt untergebracht worden ist.

Vermischtes.

Berlin. Von einem schrecklichen Unglück wurde Freitag Abend die Sängerin Frl. Delclisseur betroffen, welche bisher allabendlich das Publikum der Tonhalle durch ihre Vorträge unterhielt. Nach beendeter Vorstellung betrat dieselbe das Garderobezimmer, um ihre Kleider zu wechseln. Dabei war sie einer Gasflamme so nahe gekommen, daß das leichte Gazekleid Feuer fing und im Nu in Flammen aufging. Ehe Jemand zur Hülfe herbeieilen konnte, sank die Unglückliche besinnungslos zu Boden. So schnell das Feuer auch erstickt wurde, so erlitt sie doch so schreckliche Verletzungen, daß man sie nach dem katholischen Krankenhause bringen mußte. Die Aerzte haben wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Wien. (Giftmord Chorinski.) Die „N. Fr. Pr." berichtet, daß die Ebergenyi jetzt nicht länger mit der Wahrheit zurückhalte. Bei dem Verhöre am 4. sei sie zusammengebrochen und hätte in ihre Zelle zurückgetragen werden müssen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 7. Dezember, Nachmittags. Angekommene Schiffe Else, Arnold von Pillau. Elise, Wesenberg von Colberg. Robert, Viebrantz von Rügenwalde. Lina, Gäde von Danzig. Rudolph, Wendt von Memel. Vineta (SD), Liskow von Königsberg. Wind: O.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Dezember. Witterung: schön, leichter Schneefall. Temperatur — 1° R.. Nachts — 5°. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen loco unverändert. Termin höher, per 2125 Pfd. loco inländischer gelber 96—96½ Rt bez., ungarischer 86—88 Rt bez., feiner 90—91 Rt bez., geringer 80—83 Rt bez., bunter polnischer 91—95 Rt, weißer 98—101 Rt bez., 83—85pfd. Dezember 94 Rt Br., Frühjahr 95½, 96½ Rt bez.

Roggen flau, Termine unverändert, pr. 2000 Pfd. loco galizischer 70—72 Rt bez., inländischer 73, 74 Rt bez., feiner 82—83pfd. 75 Rt bez., Dezember 73½ Rt Br., Frühjahr 73 Rt bez. u. Br.

Gerste per 1750 Pfd. loco märker 52 Rt bez.

Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34¾—35¼ Rt bez., 47—50pfd. Frühjahr 36 Rt Gd.

Erbsen loco 2250 Pfd. Futter- 65—65½ Rt bez., Koch- 66—68 Rt bez.

Rüböl ruhig, loco 10⅓ Rt Br., Dezember 10⅙ Rt Br., 1/12 Rt Gd., April-Mai 10⅚ Rt Br., ¾ Gd.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 20¼ Rt bez., Dezember und Dezember-Januar 20 Rt Gd., Frühjahr 21 Rt Br.

Petroleum loco 6¾—6⅚ Rt bez., Termine 6⅝ Rt bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 94, Roggen 73½, Rüböl 10½, Spiritus 20.

Stettin, den 9. December.

Hamburg ···	6 Tag.	151¾ bz	St. Börserhaus-O. ·	4	—
„ ···	2 Mt.	151 bz	St. Schauspielh.-O. ·	5	—
Amsterdam ·	8 Tag.	142⅞ bz	Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
„ ·	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London ·····	10Tag.	6 25⅛ bz	St. Strom-V.-A. ···	4	—
„ ·····	3 Mt.	6 24⅛ bz	Pr. National-V.-A. ·	4	—
Paris ·····	10 Tg.	81 7/12 bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
„ ·····	2 Mt.	81¼ bz	Pomerania ········	4	113 G
Bremen ···	3 Mt.	—	Union ···········	4	104 B
St. Petersbg.	3 Wch.	92½ G	St. Speicher-A. ····	5	—
Wien ·······	8 Tag.	83¾ bz	Ver.-Speicher-A. ···	5	—
„ ·······	2 Mt.	83 B	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied. ··	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	97⅛ bz	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
„ „	5	103⅛ bz	Bredower „	4	—
St.-Schldsch.	3½	83½ B	Walzmühle ·······	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	117 B	St. Portl.-Cementf. ·	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	76 B	St. Dampfschlepp G.	5	—
„ „	4	86½ B	St. Dampfschiff-V. ·	5	—
„ Rentenb.	4	90 G	Neue Dampfer-C. ··	4	95 B
Ritt. P.P.B.A.	4	90 G	Germania ·······		95½ B
Berl.-St. E. A.	4	137 B	Vulkan ··········		85 G
„ Prior.	4	83½ B	St. Dampfmühle ··	4	101 G
„ „	4½	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	93¾ B	Chem. Fabrik-Ant. ·	4	—
„ Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F. ·	—	—
St. Stadt-O. ·	4½	94½ bz	Gemeinn. Bauges. ··	5	—

Todes-Anzeige.

Unter schwerem Kampfe, doch stark in dem Herrn, starb gestern Abend meine theure Gattin, Henriette geb. Boye. Dies zeigt statt besonderer Meldung ergebenst an

Brunnemann,
Pastor.

Wollin bei Penkun, den 8. Dezember 1867.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 11. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr statt.